

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 26) 21 90 38/39
Telex: 886 846 ppbn d



Inhalt

43. Jahrgang / 118

24. Juni 1988

Willy Brandt MdB zur Erinnerung an den Besuch von John F. Kennedy vor 25 Jahren: Ein großer Tag für Berlin.

Seite 1

Margitta Terborg MdB zu Herrn Sauers „Kampf“ gegen die Grenzen: Interessantes aus der Fragestunde des Bundestages.

Seite 3

Karl-Heinz Hiersemann MdL zum Erfordernis eines wirksamen Umweltschutzes: Worte reichen nicht mehr.

Seite 4

Ein großer Tag für Berlin

Zur Erinnerung an den Besuch von John F. Kennedy vor 25 Jahren

Von Willy Brandt MdB
Ehrenvorsitzender der SPD

25 Jahre sind seit jenem 26. Juni 1963 vergangen, an dem Präsident Kennedy Berlin seinen wahrlich triumphalen Besuch machte. Für mich, der ich damals das Amt des Regierenden Bürgermeisters innehatte, war dies ein ganz großer Tag in der Geschichte der Stadt. Ich hatte das Gefühl, in der Geschichte Berlins sei solch ehrlicher Jubel noch keinem Gast je zuteil geworden.

Die Mauer stand seit bald zwei Jahren. Die Enttäuschung, daß der so oft beschworene Vier-Mächte-Status sie nicht hatte verhindern können, saß tief. Aber an den für Westberlin eingegangenen Verpflichtungen gab es keinen Zweifel. John F. Kennedy hatte dies schon am Wochenende nach dem Mauerbau durch Vizepräsident Lyndon B. Johnson demonstrativ bestätigen lassen. Ihm folgte der Präsidentenbruder und Justizminister Robert Kennedy. Nun erfuhr der Präsident selbst jene stürmische Bestätigung, wie sie ihm zuhause selten so einhellig zuteil wurde.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2—10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Kreislaufnummer 0104498
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier



In seiner berühmten Rede vor dem Schöneberger Rathaus - „Ich bin ein Berliner!“ - pries Kennedy nicht nur den Willen der Stadt zur Selbstbehauptung, sondern wies auch auf Perspektiven eines gerechten Friedens. Vor den Studenten der Freien Universität ging er hierauf näher ein: Der Wind der Veränderung wehe über den Eisernen Vorhang und die übrige Welt hinweg. Die Kraft der historischen Evolution werde sich auch im anderen Teil Europas zeigen. Kontakte zwischen Ost und West könnten dazu beitragen, die Ursachen der Spannung schrittweise zu überwinden. Auch in der deutschen Frage würden Fortschritte nur zu erzielen sein, wenn beide Seiten ihren Beitrag leisteten.

Berlin war zweifellos der Höhepunkt von Kennedys Deutschland-Besuch. So hat er es auch selbst gesehen. Den Dokumentarfilm über diesen Besuch hat er sich mehrfach vorspielen lassen, bevor er wenige Monate später ermordet wurde. Kürzlich wurden die Freunde schmerzlich daran erinnert, daß den Präsidentenbruder vor 1968 das gleiche Schicksal ereilte.

Erneute Aktualität haben John F. Kennedys uns damals vermittelte weltpolitische Orientierungen erlangt: Die Atlantische Gemeinschaft sollte als auf zwei Pfeilern ruhend verstanden werden, bei fairer Teilung von Lasten und Entscheidungen. Die EG sollten die Europäer bauen, wie sie es für richtig hielten. Und zusätzlich zur Ost-West-Politik sollten wir nicht versäumen, uns möglichst stark in die Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern einzuschalten.

Ich denke an jenen Deutschland- und Berlin-Besuch in aufrichtiger Dankbarkeit und in dem wachen Bewußtsein, wie teuer uns die Freundschaft mit den Vereinigten Staaten ist, die in Berlin neugegründet wurde.

(-/24.6.1988/rs/ks)

* * *

Herrn Sauers „Kampf“ gegen Grenzen

Interessantes aus einer Fragestunde

Von Margitta Terborg MdB

Mitglied des Ausschusses für innerdeutsche Beziehungen des Deutschen Bundestages

Die Masche ist altbekannt: Da werden lauthals vor Ort abstruse bis dumme Forderungen erhoben und der Eindruck mannhaften Verhaltens erweckt - kaum ist man wieder in Bonn, hütet man sich wohlweislich, den in der „Provinz“ verzapften Unsinn in die Tagespolitik einzuspeisen. So auch der hochverehrte Kollege Helmut Sauer, Vorsitzender der Ost- und Mitteldeutschen Landmannschaften der CDU in Niedersachsen. Am 15. Mai trat er in Hannover vor die Presse und verkündete, in den bundesdeutschen Vertretungen im Ausland würden „unzutreffende“ Landkarten verwendet. Dies sei ein Skandal und seine Vereinigung fordere das Außenministerium auf, diese Karten zu entfernen. Sauer machte deutlich, was eine „unzutreffende“ Landkarte ist: Eine solche, die die Bundesrepublik und die DDR in ihren heutigen Grenzen zeigt. Denn, so folgerte der CDU-Vertriebenenpolitiker, derartige Karten stünden mit den Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes nicht in Einklang, weil Deutschland darauf nicht in den Grenzen von 1937 verzeichnet sei.

Ich wollte es genau wissen und habe in der Fragestunde vom Auswärtigen Amt wissen wollen, ob diese Aufforderung der Ost- und Mitteldeutschen Vertriebenen eingegangen sei und welche Schlußfolgerung das Amt daraus ziehen werde. Was ich vermutet hatte, wurde prompt bestätigt. Dem Staatsminister Helmut Schäfer vom Auswärtigen Amt ist „von einer solchen Aufforderung nichts bekannt. Auch andere Ressorts sind - soweit feststellbar - nicht angesprochen worden“. Ich wollte wissen, ob Herr Sauer denn nun die Unwahrheit gesagt hat, oder ob die Entschließung auf dem Postwege verloren gegangen sei. Schäfer: „Mir steht es nicht zu, Andeutungen über Wahrheit oder Unwahrheit zu machen. Ich kann nur sagen: Wir sind nicht angesprochen worden.“ Im übrigen, so ließ der Staatsminister wissen, „zutreffende“ Landkarten gäbe es in den Botschaften der Bundesrepublik nicht. Auf eine Zusatzfrage wurde Genschers Staatsminister noch deutlicher: Wir haben keinerlei Anlaß, irgendwelche neuen Karten auf- oder alte abzuhängen. In den Vertretungen im Ausland würden keine Karten ausgehängt, „die alle möglichen Gebiete umfassen, denn die Leute wollen sich dort informieren, wie die Bundesrepublik aussieht“.

Wie hatte doch der Präsident des Bundesverfassungsgerichtes am 17. Juni im Plenarsaal des Deutschen Bundestages so richtig gesagt: „Ich verfolge ... seit Jahren mit wachsendem Mißmut den Streit um die Einzeichnung der Grenze von 1937 in die Landkarten unserer deutschen Schulbücher, und ich will hier ganz deutlich sagen: So wie diese Karten heute aussehen, meine Damen und Herren, fallen mir für ihren Abdruck so wenig Argumente ein wie gegen ihren Abdruck.“ Gut gesprochen, Herr Herzog! Dem Herrn Sauer aber ins Stammbuch: Wer vor die Leute tritt und Unsinn verzapft, der sollte dann wenigstens den Mut haben, sich in Bonn der allgemeinen Lächerlichkeit anheim zu geben. Denn wie heißt es doch so gut im 8. Gebot: „Du sollst nicht falsch Zeugnis reden wider Deinem Nächsten.“ Der Volksmund übersetzt es so: Du sollst nicht lügen, oder dich zumindest nicht dabei erwischen lassen.

(-/24.6.1988/rs/ks)

* * *

Worte reichen nicht mehr

Zum Erfordernis eines wirksamen Umweltschutzes

Von Karl-Heinz Hiersemann MdL
Vorsitzender der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag

Robben mit traurigen Kindergesichtern sterben an den Stränden der Nordsee - Bilder davon bestimmen jeden Tag die Fernsehnachrichten und die Titelseiten der Zeitungen. Bedauern darüber reicht nicht aus. Vor allem darf nicht das Gefühl aufkommen: Dies betrifft allein jene, die an der Küste leben.

Dieser Tage hat sich zum vierten Mal geäußert, daß der Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen durch Volksentscheid in die Bayerische Verfassung aufgenommen wurde. Seitdem haben sich neben dem Robbensterben viele multinationale ökologische Katastrophen ereignet, internationale Bedrohungen sind erkennbar geworden:

- Das Waldsterben schreitet unvermindert voran. Schädlinge haben bei einem durch Luftschadstoffe geschwächten Wald leichtes Spiel. In Mittelfranken wurde die „chemische Keule“ von der Luft aus eingesetzt. Im Alpenraum rückt der Tag näher, da die Berge zu rutschen beginnen und Verkehrswege und Siedlungen bedroht sind.
- Die Ozonschicht, die uns vor der krebserzeugenden UV-Strahlung schützt, wird dünn. Das Ozonloch über der Antarktis kann sehr schnell für uns an Bedeutung gewinnen.
- Die übermäßige Energieerzeugung vor allem mit ungenutzter Abwärme (Kernenergie) heizt unsere Atmosphäre auf. Der Treibhaus-Effekt, der in Verbindung mit den Fluorchlorkohlenwasserstoffen und dem Kohlendioxid entsteht, verändert unser Großklima.
- Seeverbrennung und Seeverklappung hochgefährlicher Stoffe haben zum Tiersterben in der Nordsee geführt. Wann ist der Mensch dran?
- Die Alpen sind ein hochsensibles Natummückzugsgebiet. Es wird durch Luftschadstoffe, vor allem auch durch den Flugverkehr und die großen Alpentransversalen, gefährdet.
- Jedes Jahr stirbt in Bayern ein Dutzend Tier- und Pflanzenarten aus, die „roten Listen“ werden länger. Dies ist die Folge des ungebremsten Landschaftsverbrauchs. Natur wird nur noch als Insel geduldet.
- Wir haben chemische Stoffe und Produktionsverfahren entwickelt, die auch von der Sondermüllbehandlung nicht mehr zu bewältigen sind.
- Sandoz hat uns die verheerenden Folgen von Chemieunfällen vor Augen geführt. Auch wir in Bayern müssen in jedem Kunstdüngerlager, in jedem Chemielager, in jeder Industrieanlage mit einem kleinen Sandoz rechnen.
- Wir kommen mit unseren Altlasten nicht zurecht. Chemische Zeitbomben unkontrollierbar untergebrachten Mülls schädigen Boden und Wasser irreparabel.
- Tschernobyl hat die grenzüberschreitenden Auswirkungen eines kerntechnischen Unfalls deutlich gemacht. Vor allem die Folgen geringer Dosen von Radioaktivität wurden bisher sträflich unterschätzt.

- „Turbo-Kühe“, die kein normales Futter fressen können und deren Milch kaum noch genießbar ist, drohen jetzt auch für Bayern. Obwohl es noch keine gesetzlichen und ethischen Grenzen für die Gentechnologie gibt, wird derzeit fast alles erforscht und ausprobiert.

Die Gefahren sind bekannt - sie werden ignoriert. Man ergeht sich in Symposien, Absichtserklärungen, widersprüchlichen Gutachten. Man wartet auf gemeinsames Handeln - seit 20 Jahren an der Nordsee, seit zehn Jahren im Alpenraum. Die EG ist zur Entschuldigung Nr. 1 geworden. Die Bundesregierung weigert sich, den Verkehr von den Schadstoffen zu befreien, die gefährlichen Kohlenwasserstoffe zu verbieten. Die Staatsregierung verbrennt weiter Sondermüll in der Nordsee, versteckt ihn in tiefsten Tiefen der Erde, verteilt gefährlichste Stoffe über die Müllverbrennung. Auf Kernenergie glaubt man erst in 50 Jahren verzichten zu können.

Die Politik der hohen Schornsteine wird fortgesetzt - jetzt auch bei der Kernenergie mit ihren unberechenbaren und unkontrollierbaren Risiken. Die notwendige Zäsur ist nicht in Sicht. Man stellt Wechsel auf unsere Kinder und Enkel aus, nimmt Hypotheken auf künftige Generationen auf.

Dabei wissen wir alle, daß wir auf unsere natürlichen Lebensgrundlagen angewiesen sind. Die Natur braucht uns nicht. Sie wird sich auch nach einem völligen Kollaps wieder erholen. Dabei ist es ihr gleichgültig, ob die Menschen schon vorher ausgestorben sind oder dann in einer menschenfeindlichen Umwelt nicht mehr überleben können.

Wir spielen mit dem Leben unserer Nachkommen, ja sogar mit unserem eigenen Leben. Wir in Bayern haben den Umwelt- und Naturschutz als Verfassungsziel festgeschrieben. Deshalb müssen von uns die Impulse ausgehen.

Wir richten sieben Forderungen an die Politik, die Gemeinschaft aller Menschen:

1. Nicht warten - anfangen!

Wir haben angesichts dieser bekannten Gefahren gar keine andere Chance, als sofort mit dem Gegensteuern zu beginnen. Das Warten auf internationale Änderungen ist eine faule Ausrede, die zuviel Zeit kostet. Wie es nicht sein sollte, dafür hat die Staatsregierung mit der Tempolimit- und Katalysator-Diskussion das beste Beispiel geliefert.

2. EG muß Umwelt-Gemeinschaft werden

Wir müssen Druck ausüben auf unsere wirtschaftlichen und politischen Partner - zumindest im Bereich der Europäischen Gemeinschaft. Der Umweltschutz muß als gemeinsames vordringliches Anliegen festgeschrieben, die EG zur Umweltgemeinschaft werden. Dann können wir Gegenleistungen im Umweltschutz verlangen, zumal wir Hauptzahler an die Gemeinschaft sind. Wer sollte uns dann noch hindern, Umweltabgaben auf Produkte zu fordern, die die Umwelt schädigen? Damit könnten Preisunterschiede zwischen umweltschonenden und umweltbedrohenden Erzeugnissen ausgeglichen, könnte aus einem Preis-Wettbewerb ein Umweltschutz-Wettbewerb werden. Ich bin sicher, daß dann angesichts der drohenden Umweltgefahren eine solche Handhabung auch vor den europäischen Gerichten einer Überprüfung standhalten könnte.

Die SPD bekennt sich nach wie vor zu Europa. Gerade deshalb wollen wir, daß der Umweltschutz in Europa neben der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit an die vorderste Stelle der politischen Prioritätenliste rückt.

3. Wettbewerb - Umweltschutz als Qualitätsmerkmal!

Das Gerede, unsere Wirtschaft sei bei verschärften Umweltschutzaufgaben nicht mehr konkurrenzfähig, sticht nicht. Gerade wir in Deutschland haben unsere Erfolge auf dem Weltmarkt bestimmt

nicht mit Preisgünstigkeit erzielt, sondern mit Qualität. Das Qualitätsmerkmal „Umweltschutz“ könnte dem „made in Germany“ sogar zusätzliche Attraktivität verleihen.

Dies gilt im übrigen auch für die Bundesbürger. Sie sind so hochsensibilisiert für Umweltschutz, daß sie auch teure Produkte kaufen, wenn damit die Natur und unser Lebensraum geschützt werden. Voraussetzung dafür ist allerdings umfassende Aufklärung. Informationen über Umweltrisiken dürfen nicht aus falsch verstandener Rücksicht auf wirtschaftliche Interessen einzelner unterdrückt oder verschwiegen werden.

4. Jeder Teilerfolg hilft

Niemand kann heute abschätzen, welche Schadstoffmengen einen schweren Eingriff in den Naturhaushalt bewirken und welche Schadstoffanteile ein empfindliches Naturgleichgewicht zerstören. Deshalb muß jeder Ansatz zur Verminderung des Schadstoffaustrag genutzt werden. Das Argument, eine Maßnahme bewirke nur eine geringe Verbesserung, ist schlimm: Damit kann jede Hilfestellung für die Natur zunichte gemacht werden. Wir sind verpflichtet, jeden Teilansatz anzunehmen, und jeder Teilerfolg ist wichtig, vielleicht schon mitentscheidend.

5. Naturverträglichkeit nachweisen

Derzeit gilt ein Stoff oder ein Verfahren solange als natur- und menschenverträglich, bis das Gegenteil nachgewiesen ist. Dies kann Jahrzehnte dauern, wie die Beispiele Fluorkohlenwasserstoffe und Asbest zeigen. Deshalb muß die Beweislast umgekehrt werden: vor der Nutzung muß die Umweltverträglichkeit eines Stoffes nachgewiesen werden - insbesondere auch bei der Entsorgung! Grundsätzlich muß die Technologiefolgenabschätzung - in sozialer wie in ökologischer Hinsicht - unverzichtbarer Bestandteil jeder neuen Entwicklung sein und verpflichtend festgeschrieben werden.

6. Vermeiden und ersetzen

Nicht alles, was vordergründig nützt oder gar ohne Nachweis des Nutzens technisch möglich ist, darf gemacht werden. Gefährliche Substanzen oder Verfahren müssen verboten werden. Wo sie - zumindest vorübergehend - unverzichtbar scheinen, müssen sie durch ungefährlichere Stoffe oder Produktionsverfahren ersetzt werden. Dieser Zwang zu Vermeidung und Substitution muß oberste Vorgabe für Forschung und Wirtschaft sein.

7. Volkswirtschaftlich rechnen

Die Umweltverschmutzung ruft jährlich in der Bundesrepublik volkswirtschaftliche Schäden in Höhe von 100 Milliarden Mark hervor - im Wald, an Bauwerken und so weiter. Nicht eingerechnet sind die Gefährdungen der menschlichen Gesundheit. Diese Schäden müssen in eine volkswirtschaftliche Rechnung einfließen. Erst dann kann eine Güterabwägung zwischen Schaden und Nutzen erfolgen.

Die bisherigen betriebswirtschaftlichen Rechnungen sind unseriös, weil in ihnen wesentliche Faktoren vor allem im Bereich der Folgekosten - Rückhaltung, Entsorgung - nicht berücksichtigt sind. Sie sind aber auch gefährlich, weil sie letztlich ein Freibrief für Umweltzerstörung sind.

Gerade weil die Bundesrepublik das dichtestbesiedelte Land Europas ist, können wir uns ein Zuwarfen weniger erlauben als andere Länder. Deshalb müssen auch wir in Bayern in unsere Zukunft investieren - in den Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Ansonsten laufen wir Gefahr, daß unsere Kinder und Enkel die Folgen unserer Umweltzerstörung erleben, ja daß bereits wir die Hypotheken auf unsere Zukunft begleichen müssen.

Die SPD wird ihre Anstrengungen zur Sicherung und Schonung unserer natürlichen Lebensgrundlagen verstärken. Dazu gehört insbesondere ein neues Verständnis von Staat und Politik: Der Staat darf nicht erst eingeschaltet werden, wenn Umweltschäden zu reparieren sind; er muß intervenieren, bevor eine Gefahr für Natur und Umwelt überhaupt entsteht.

(-/24.6.1988/rs/ks)

* * *